



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Schiele, G. W.: Von einer neuen und anderen Sozialpolitik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Wird das Experiment glücken? Das ist eine Frage, deren Beantwortung noch von der Zukunft verhüllt ist. Man versteht, daß sich die radikalen Führer des alten Systems mit Händen und Füßen dagegen wehren und daß sie sich anstellen, als ob die Unterstützung der Rechten, deren sich Poincaré bei seiner Wahl erfreut hat, der erste Spatenstich für das Grab der Republik ist. So schlimm wird es nun freilich nicht werden. Aber Herr Poincaré wird gegenüber dieser heftigen, durch die bisherige Entwicklung verwöhnten Gegnerschaft sehr, sehr vorsichtig sein müssen. Man hat gesagt, es sei mit der Präsidentschaft der französischen Republik ähnlich wie mit dem englischen Königtum, wo das Beispiel Eduards des Siebenten gezeigt habe, wieviel sich trotz der Beschränkungen der Verfassung daraus machen lasse, wenn der Träger der Krone der Mann dazu sei. Ganz stimmt der Vergleich nicht. Was dem König von England gestattet, sich trotz der Verfassung zur Geltung zu bringen, ist etwas ganz anderes, als dem Präsidenten der Republik zu Gebote steht. Der hat doch sehr viel gefährlichere Klippen zu umschiffen. Aber richtig ist, daß der Präsident nach dem Buchstaben der Verfassung erheblich mehr kann und darf, als in der praktischen Entwicklung dieser achtunddreißig Jahre zum Ausdruck gekommen ist. Und vielleicht ist Herr Poincaré von einem guten Genius geleitet, der ihm den Zauber des Elysée lösen hilft.



## Von einer neuen und anderen Sozialpolitik

Von G. W. Schiele in Naumburg a. d. S.



ückgang der Geburten, — Menschenmangel bei wachsendem Wohlstand, — Anschwellen der großen Städte, Verödung des Landes; — Hereinbrechen ausländischer Arbeitermassen, — Vorrücken der Sprachgrenze der kulturärmeren Nachbarvölker, während das Kulturvolk zurückebbt, wie ein See, dessen Spiegel sinkt; — Überschätzung des Wirtschaftlichen, — Mißachtung der Welt des Geistes und Gewissens; — wachsende politische Ansprüche der in den Großstädten zusammengedrängten, abhängigen Massen (das bedeutet Scheindemokratie), — Wohlfahrts- und Wohltätigkeitspolitik zugunsten dieser abhängigen Massen auf Kosten anderer Volksklassen und aus politischen Gründen (was man mit dem Namen Sozialpolitik belegt), — ist das alles nicht schon einmal dagewesen? War es nicht die facies hippocratica der alten Kultur schon in den Tagen der Macht und des Reichthums? Scharfsehende Politiker jener Zeiten haben diese Züge der

Ermüdung so beschrieben, daß man ihre Worte heute als modern in jeder Zeitung drucken könnte. Man kann darüber in Eduard Meyers Vortrag über die wirtschaftliche Entwicklung des Altertums, Jena 1895, höchst interessante Belege finden. Unsere Zeit hat eine verzweifelte Ähnlichkeit mit jener alten Kultur. Das Menschenleben ist eben immer wieder dasselbe, und gleiche Ursachen haben gleiche Wirkung. Ob es nicht möglich ist, aus der Vergangenheit zu lernen?

Zwar dünken wir uns noch weit von jener Verderbtheit entfernt. Es erscheint uns unbegreiflich, daß so kluge und starke Männer wie Cäsar und Augustus die volksverderbende Wirkung der öffentlichen Brotverteilungen erkannten und doch verzweifelte sie abzustellen; sie werden wohl ihre Gründe der Ohnmacht gehabt haben. Sind denn aber unsere Fleischverteilungen in den großen Städten nicht, wenn auch schwächern und klein gegenüber dem antiken Vorbild, so doch im Prinzip dasselbe? Am Ende dieser Verteilungen, falls sie ein Ende finden, wird man sehen, daß mit unverhältnismäßigen Opfern wenig erreicht ist: einige Volksklassen sind bevorteilt auf Kosten anderer, einige Mittelstandsexistenzen sind ruiniert, einige Großhändler sind reich geworden, der städtische Steuerzahler hat viel geopfert, der Bedürftige hat nicht viel erhalten, Konsumentendemokratie ist gepflegt, produktiver Stand ist geschädigt, die Großstädte sind beschenkt, die kleine Stadt der Provinz und das Land geht leer aus; eine höchst gefährliche Idee ist in die politische Praxis eingeführt; aus welchem anderen Grunde, als aus dem der Angst vor der Unzufriedenheit der großstädtischen Massen. Schlimmer aber ist, daß unsere vielgerühmte Sozialpolitik auf die Dauer eine lähmende, krankmachende Wirkung auf das Volk haben muß. Die darin umgehende Idee wird, wenn ihr nicht bald Grenzen gesteckt werden, noch jeden deutschen Mann zum Staatspensionär machen. Das ist dann dasselbe wie die Brotverteilungen im alten Rom, geschieht aus denselben politischen Gründen und führt zu demselben Ende. Weil aber dies harte Urteil viele verletzen wird, und weil fast alle Deutschen auf diese unsere Sozialpolitik sehr stolz sind — auch die alten Römer waren gewiß stolz, mit ebensoviel Recht stolz auf ihre Sozialpolitik und Sozialhygiene — weil unsere Sozialpolitik noch als ein heiliges Vermächtnis des alten großen Kaisers gilt, obwohl sie längst nicht mehr ist, was sie war, so besteht die Pflicht, dies Urteil näher zu begründen.

Worin steckt das Gefährliche unserer Sozialversicherung?

Da ist erstens die Unklarheit und Unsicherheit des Falles auf welchen hin versichert wird. Wer ist denn invalide? „Derjenige, welcher nicht mehr imstande ist durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.“ Das ist nun aber im Einzelfalle

nur mit Willkür zu ermessen. Die scheinbare Zahlenshärfe dieses Begriffes der Invalidität ist nur Trug. Denn in Wahrheit gibt es darin keine objektive Zahlen, sondern nur bürokratische Willkür oder, um parlamentarischer zu reden, behördliches Ermessen. Dieses aber muß immer nach der einen oder anderen Seite an der Wirklichkeit vorbeischießen. Jahrzehntlang ist dieser Begriff der Invalidität zu mild ausgelegt worden, so daß Leute mit fast 100 Prozent Erwerbsfähigkeit die Rente erhielten. Nunmehr wird strenger ausgelegt. Dann wird aber ebensooft die Auslegung nach der anderen Seite hin fehlen und einem Versicherten die Rente verweigern, dem sie zukäme, weil es eben unmöglich ist genau und gerecht zu sein. Neuerdings sind durch das Angestelltenversicherungsgesetz sehr weite Volkskreise dieser bürokratischen Willkür unterworfen worden und es ist der Begriff der Berufsinvalidität geschaffen. „Berufsunfähig ist derjenige, dessen Arbeitsfähigkeit auf die Hälfte eines körperlich und geistig gesunden nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte Versicherten von ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten herabgesunken ist.“ Hier ist dieselbe trügerische, scheinbare Zahlenshärfe. Diese Zählbarkeit und Meßbarkeit ist Fiktion. Wenn man nun sich vorstellt, daß ein und derselbe Mensch im Verlauf einiger Jahre erst in den Stand der Berufsinvalidität fällt, wenn er nicht mehr 50 Prozent der Berufsarbeit machen kann, und dann in den Stand der allgemeinen Erwerbsinvalidität hinunterfällt, wenn er nicht mehr  $33\frac{1}{3}$  Prozent der allgemeinen Erwerbsfähigkeit hat, so kann man sich ausmalen, was für eine interessante Kasuistik das geben wird, wieviel dicke Bücher darüber geschrieben werden und wie doch in jedem einzelnen Falle jeder einzelne Gutachter zu sich sagen muß: Gott sei mir Sünder gnädig. Nun aber bleibt dem Versicherten nichts anderes übrig, als der Willkür des Gutachters und dem behördlichen Ermessen seine Fähigkeit und seine List gegenüberzusetzen. Man denke doch: jahrzehntlang hat er zahlen müssen und nun soll es von der Willkür und Laune eines Fremden abhängen, ob er sein Recht erhält. Das Gesetz ist ja eine Zwangsversicherung und es ist das schlimmste an dieser Zwangsversicherung, daß daraus eine Zwangserziehung zur Rentenbettelei und Rentenjägerei wird, zu List und Betrug als einer Art Notwehr, daß aber Bescheidenheit und Zurückhaltung notwendig zu kurz kommen müssen. Es liegt wahrhaftig nicht an der Charakterschwäche der deutschen Arbeiter, wenn sie der Rentenkrankheit verfallen, alle anderen Volksklassen tun unter gleichen Verhältnissen dasselbe; sondern es ist der Charakter des Gesetzes, der sie zur Rentenbettelei, statt zu Stolz, Selbstvertrauen und Selbsthilfe erzieht. Dieses wäre gewiß bei den Versicherten längst unerträglich und schwer verhaßt, wenn nicht der Arbeitgeberbeitrag wäre, der alle Unvollkommenheit, Ungerechtigkeit, Unwirtschaftlichkeit des Gesetzes zudeckt. Darin aber liegt nun gerade der andere große Fehler der bisherigen Sozialversicherung, denn es wird hier zum Prinzip erhoben, daß die Bedürftigkeit, die Armut der Lohnarbeitenden Klassen, der

sogenannten Minderbemittelten zugedeckt werden dürfe von Staats wegen durch einen Beitrag, den man aus den Taschen derjenigen nimmt, die, wie man meint, es vertragen können, der Unternehmer. Wovon lebt denn aber die Masse der Unabhängigen sowohl wie das ganze Volk, wenn nicht von der Unternehmungskraft? Nun ist es schon falsch, daß man meint, allen großen und kleinen Unternehmungen einen Durchschnittssatz auflegen zu dürfen; denn im Einzelfalle kann die eine Unternehmung sehr gut eine ansehnliche Last tragen, die andere aber auch nicht die kleinste. Es besteht aber außerdem die Gefahr, daß auch die durchschnittliche Unternehmungskraft demnächst stärker belastet wird, als ihre Elastizität verträgt. Dann geschieht, was Gibbon in seinem großen Werk über den Untergang des römischen Reiches in folgendem lapidaren Satz beschreibt: „Als das Verhältnis derjenigen, welche empfangen (der Lohnarbeiter, Privatangestellten und Beamten), die Kraft derjenigen überstieg, welche abzugeben hatten (der Unternehmer, der Steuerzahler), wurden die Provinzen von den Lasten der Abgaben erdrückt.“ So entstand die Verödung des Landes, der Rückgang der Geburten, endlich die vollkommene Verwüstung der alten Kulturstätten, so daß nicht mehr Zehntausend ihr Brot fanden, wo früher Hunderttausend lebten. — Wodurch? Durch die Erlahmung der Unternehmungskraft.

Die bisherige Sozialversicherung ist eingerichtet, als wenn das Volk nur aus Arbeitgebern einerseits und Arbeitnehmern andererseits bestände oder bestehen müßte, Arbeitgeber, welche zu geben haben und auch geben können und Arbeitnehmern, welche zu empfangen haben und dessen auch immer bedürftig sind. In den Herzen vieler Gönner unserer Sozialpolitik scheint die geheime Sehnsucht zu wohnen nach einer Zeit, wo es in Deutschland nur noch Riesenbetriebe, wie Krupp geben möchte, die so stark sind, daß man ihnen recht viel zumuten darf und demgegenüber einen Stand zwar abhängiger, aber recht wohlbezahlter, ganz sicher gestellter, hoch in der Zivilisation stehender Arbeiter. Oh! Du armes deutsches Volk, wenn es jemals dazu käme, das wäre der Anfang des Sterbens, wenn es nicht schon das Totsein selbst wäre; es gäbe dann kein wahres Volksleben mehr.

Das ist nun der dritte große Fehler unserer bisherigen Sozialpolitik, daß sie eine Einrichtung ist, diese unerwünschte Entwicklung zu solcher Zukunft zu befördern. Alle Sicherheit nämlich, die sie dem Stande des abhängigen Lohnarbeiters erteilt, alle Wohltaten auf anderer Stände Kosten, mit denen sie seine Existenz über dessen eigene Kraft hinaushebt, wird zugleich zum Unrecht an demjenigen kleinen freien Mann, der nichts erhält, weil er nicht in dem Maße wie jene, oder überhaupt nicht abhängiger Lohnarbeiter ist. Es muß und soll, wenn ein Volk im gesunden Wachstum und in Unternehmungskraft beharren will, zwischen jenen großen Arbeitgebern einerseits und jenen gutbezahlten Arbeitern der großen Unternehmungen andererseits, eine recht breite Masse von kleinen und kleinsten Unternehmern, Kaufleuten und Gewerbetreibenden geben

und auch solchen Arbeitern, die nur zum Teil Lohnarbeiter sind, und die mit einem Bruchteil ihrer Existenz kleine Eigenwirte, eigenständige Produzenten sind. Diesen Charakter sollen besonders die Arbeiter auf dem Lande haben. Für den kleinen Unternehmer aber ist unsere Sozialversicherung eine sehr schwer zu tragende Last. So bedrückt sie gerade den Nachwuchs der Unternehmungskraft am meisten, erschwert den Übergang aus dem Stande des Lohnarbeiters zu dem des kleinen Unternehmers und läßt es jedem einfachen deutschen Arbeiter rätlicher erscheinen, im Stande der abhängigen, versicherten Lohnarbeiter auszuharren, statt sich hinauszuwagen in die schwer belastete Selbständigkeit. Sie ersticht die Unternehmungskraft des Volkes, die Liebe zur Eigenständigkeit, zur wirtschaftlichen Selbständigkeit im Keime. Sie wird zu einem Unrecht an dem besseren Teile des Volkes, an dem Arbeiter selber, demjenigen nämlich, der sich herausarbeiten will aus dem Stande der Abhängigkeit. Wer weiß nicht, daß das kostbarste Gut des Arbeiters die Hoffnung, die Aussicht auf Selbständigkeit für ihn selbst oder seine Kinder ist. Das ist der schwerste Vorwurf gegen unsere Sozialversicherung, daß sie das Emporkommen aus dem Stande der Abhängigkeit erschwert. Wie lange wird der gute Kern im deutschen Volke eine solche Politik aushalten?

Bisher ist diese Sozialpolitik dargestellt als eine Bevorzugung der Abhängigen auf Kosten der Selbständigen; sie bewirkt aber in derselben Weise auch einen Unterschied von Stadt und Land. Denn auf dem Lande muß auch der Kleinste einen Bruchteil von Eigenwirtschaft, Eigenständigkeit als kleiner Produzent behalten, weil es dort nicht immer alles für Geld zu kaufen gibt. In Städten dagegen wohnt das Ideal der vollkommensten Abhängigkeit, der festbesoldeten und ganz und gar versicherten Existenz, mit fixiertem Geldlohn, mit Aussicht auf Arbeitslosenunterstützung und auf mancherlei öffentliche und private Wohltaten. Nur in den Städten und besonders in der großen Industrie kann der volle Segen unserer Arbeiterversicherung zur Wirkung kommen. Darum muß sie wirken als ein Mittel zur Beförderung der Landflucht und zur Vermehrung des Wachstums der großen Städte, wie einst die Brotverteilungen in Rom. Auf ganz verkehrtem Wege aber sind diejenigen, welche meinen, daß die Landflucht sich verringern werde, wenn unsere segensreiche Arbeiterversicherung auf die ländlichen Arbeiter recht energisch ausgedehnt wird. O nein, diese brauchen ganz etwas anderes.

Ist es nun zu viel, wenn man diese krankmachende, volksverderbende Sozialpolitik, welche die Abhängigkeit prämiiert und die Unternehmungskraft besteuert, als eine römische Sozialpolitik bezeichnet, die genau dieselben Erfolge haben muß wie einst im alten Rom die Verhättselung der abhängigen, großstädtischen Massen? Es ist hohe Zeit, daß wir dieser falschen Sozialpolitik, welche wir die römische nennen, eine richtige, gesunde Sozialpolitik gegenüberstellen, welche wir als die deutsche Sozialpolitik bezeichnen wollen, welche nicht den Geist der Abhängigkeit stärkt, sondern auch im Kleinsten das Vertrauen in

die eigene Kraft, die Eigenständigkeit, den Mut zur Unternehmung. Wie kann das geschehen?

Am 25. November war in Berlin eine Anzahl bedeutender Politiker und Arbeiterführer versammelt, um zu beraten, wie man dem Ansturm der sozialdemokratischen Volksfürsorge zu begegnen habe. Die sozialdemokratische Partei plant im Anschluß an ihre Gewerkschaften, das Volk mit einem System von Spar- und Darlehnskassen zu beschenken, eine Volksversicherung zu schaffen, die das Volk wirtschaftlich gut versorgt und doch zugleich von der Sozialdemokratie abhängiger macht. Sie wird damit weite Kreise kleiner Kaufleute und Gewerbetreibender als Prämienzahler und Kreditnehmer an sich fesseln, sie wird damit ungefähr fünfundvierzigtausend Versicherungsbeamte, die zugleich Parteitagitatoren sind, unterhalten, sie wird einen Staat im Staate errichten, der um des Geistes willen, der darin herrscht, für die Zukunft des deutschen Volkes höchst unerfreulich und gefährlich sein wird. Will man das verhüten, so muß man von bürgerlicher Seite dem Volke das Gleiche, nein, nicht das Gleiche, sondern mehr und Besseres bieten, als jene bieten können.

Der Mann, der jene Versammlung angeregt hat, ist der bekannte General-Landschaftsdirektor Rapp. Er benutzte diesen politischen Moment, um der weiten Öffentlichkeit seine Ideen vorzutragen. Denn es ist wahr, was er in seinem Referat nur andeutete, daß das Werkzeug und Rüstzeug seiner Pläne schon seit vielen Jahren bereit liegt, „lange bevor die Sozialdemokratie mit ihrer Volksfürsorge auf den Plan trat“.

Es handelt sich um eine längst erwogene, genau vorbereitete Sozialversicherung im deutschen Geiste, die öffentlich-rechtliche Lebensversicherung.

Also doch wiederum eine Versicherung? Ja, aber im folgenden werden wir ihre Vorzüge den Fehlern jener anderen Sozialversicherung gegenüberstellen.

Erstens, es handelt sich um Lebensversicherung. Diese ist immer ein klares und reelles, bis auf den Pfennig ausgerechnetes Geschäft, bei welchem dem Versicherten sein Recht werden muß, während in den Geschäften jener anderen Versicherungen die Austeilung des Rechtes immer ein Werk bureaukratischer Willkür ist.

Zweitens, es ist keine Zwangsversicherung, sondern jeder bleibt der wirtschaftliche Herr seiner Existenz.

Drittens, es sind keine Wohlthaten, kein Arbeitgeberbeitrag, kein Almosen und Geschenk dabei, sondern was einer davon hat, verdankt er der eigenen Kraft.

Auf jener Tagung ging der Streit hauptsächlich um den Träger der Versicherung, nämlich ob es öffentlich-rechtliche Einrichtungen sein sollen oder ob das privatwirtschaftliche Kapital mit solcher Volksversicherung betraut werden könne. Bei aller Achtung vor den Leistungen des privaten Kapitals in der Lebensversicherung überhaupt, wurde doch mit Recht betont, daß die Volksversicherung, die Versicherung des kleinen Mannes, nicht eine Aufgabe des privatwirtschaftlichen Erwerbsgeistes sein kann. Denn die privaten Gesell-

schaften kommen nur schwer an den kleinen Mann heran, haben sie ihn, so sind die Agenten gewöhnlich nicht die Männer, ihn richtig zu beraten, nur zu oft verfallen die Versicherungen wieder, dadurch kommt kein rechtes Vertrauen zustande, kurz, in der Hand der privatwirtschaftlichen Gesellschaften kostet die Volksversicherung viel und bleibt doch unvollkommen; es gibt eben im Wirtschaftsleben Aufgaben, die vom Erwerbsegeist nicht befriedigend zu lösen sind. Besonders der sozialdemokratischen Volksfürsorge gegenüber, welche von sich behauptet, daß sie eine Wohlfahrtseinrichtung sei, würde eine von privatem Kapital und vom Gewinninteresse regierte Volksversicherung schweren Stand haben. Für die Volksversicherung müssen wahrhaft gemeinnützige Träger geschaffen werden, die allein das volle Vertrauen der Versicherten gewinnen können. Solche sind die öffentlich-rechtlichen Institute. Um nun diese an den kleinen Mann heranbringen zu können, versuchte General-Landschaftsdirektor Rapp auf jener Tagung eine Fühlungnahme dieser öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung mit den nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, den Hirsch-Dunckerschen, christlichen, nationalen Gewerkschaften und Kriegervereinen herzustellen, die ja alle kleinere Versicherungseinrichtungen, wie Sterbe- und Darlehnskassen, schon haben. Man darf hoffen, daß aus dieser Fühlungnahme ein recht segensreiches Zusammenarbeiten beider Teile entsteht. Wir wollen aber noch hinzufügen, daß die Fürsprecher der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung weit davon entfernt sind, für diese ein Monopol zu wünschen, sondern daß sie ihre Tüchtigkeit im ehrlichen Wettbewerb mit den privatwirtschaftlichen Erwerbsegesellschaften erproben wollen.

Die Hauptsache an dieser öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung ist aber die Verwendung. Als Rapp die Idee dieser Versicherung ins Leben einführte, brachte er sie im ostpreussischen Landtag zum Siege, indem er den Grundsatz aufstellte: Die Provinz soll wiedererhalten oder behalten, was sie an Spargeldern aufbringt. Er wies nämlich nach, daß die privatwirtschaftliche Lebensversicherung die ihr anvertrauten Milliardensummen in die großen Städte getragen hat — Berlin und andere Großstädte sind davon erbaut —, der Provinz aber so gut wie nichts zurückgegeben hat. Angewandt auf die Volksversicherung, d. i. die Lebensversicherung des kleinen Mannes, lautet derselbe Grundsatz: „Die Spargroschen des kleinen Mannes sollen diesem auch wieder zugeführt werden,“ (das heißt nicht notwendig demselben, sondern dem Kleinen überhaupt), „sie sollen, da sie von ihm stammen, auch ausschließlich zu seinem wirtschaftlichen Nutzen, vornehmlich auf dem Wege des Realkredits zur Verfügung gestellt werden.“ „Solche nationale Volksversicherung als selbstlose Treuhänderin der bei ihr zusammenfließenden gewaltigen ‚Sparkapitalien‘ kann nun aber eine Wohlfahrtseinrichtung allerersten Ranges werden“, und zwar auf folgende Weise:

\*) Zitiert, wie auch das folgende nach dem Referat des Herrn General-Landschaftsdirektors Rapp.

Es geht ein tiefes Sehnen durch alle Schichten des deutschen Volkes, welche abhängig sind, der Arbeiter, der festbesoldeten Beamten und des sogenannten neuen Mittelstandes, durch die Reihen derjenigen, welche in der fast unpersönlich gewordenen Arbeitsweise der Großbetriebe nur zu Nädchen in der Maschine geworden sind, durch die gewaltigen Volksmassen, welche in Großstädten sich wie wurzellos umhergetrieben vorkommen, ein Sehnen, sage ich, nach einem Bruchteil individualwirtschaftlicher Freiheit, Eigenständigkeit, Bodenständigkeit, Berührung mit der Natur. Dernburgs Erörterung der Wohnungsfrage in den großen Berliner Versammlungen, so verkehrt vieles war, was dabei gesagt wurde, ist doch in ihrer Wirkung ein Beweis, welches Mißbehagen in den großstädtisch wohnenden Massen angehäuft ist. Es ist geradezu ein Kulturgebot, daß dies Sehnen nach Befreiung und Erhebung des Einzel Lebens aus dem unpersönlichen Bausteinleben, welches es in unserer Zivilisation lebt, befriedigt werde.

Nicht jeder deutsche Mann, aber vielleicht jeder zehnte deutsche Mann, wünscht sich ein kleines Eigenhaus und ist bereit dafür Opfer zu bringen, um darin mit einem Bruchteil seiner Existenz ein freier Mann zu sein; denn er fühlt: durch die wirtschaftliche Freiheit geht der Weg zur wahren persönlichen und politischen Freiheit. Mit Hilfe der in der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherung angesammelten Sparkapitalien des kleinen Mannes erscheint es möglich, das kleine Eigenhaus in Stadt und Land zu finanzieren, als eine Werkstätte wirtschaftlicher Freiheit und als eine Burg politischer Freiheit für den einfachsten deutschen Mann. Dies wäre nun genau das Gegenteil dessen, was die Sozialdemokratie mit ihrer Volksfürsorge machen wird. „Denn es widerspricht dem innersten, zerlegenden Wesen der Sozialdemokratie, den kleinen Mann wirtschaftlich zu stärken“, sie will im Gegenteil ihn in wirtschaftlicher Abhängigkeit halten, um ihn besser terrorisieren zu können, sie will also das Gegenteil der Freiheit. Geben wir ihm die wahre Freiheit, so wird er die falsche fahren lassen.

Noch eins: die innere Kolonisation, die bisher nur mit Staatskredit betrieben wird und eben deshalb nicht vorwärtskommt und hiermit niemals zur Vollendung kommen kann, würde gespeist durch die Sparkraft des kleinen Mannes und getrieben durch die Unternehmungskraft und den zähen Opfermut des kleinen Mannes eine ganz andere Breite und Wucht bekommen. Denn ein so großes Werk muß geschehen zwar unter Führung des Staates, aber durch die Kraft des Volkes, das heißt durch die mit 100 000 multiplizierte Kraft des Kleinsten.

Zum Schluß erinnerte noch Rapp an die große Zeit vor hundert Jahren und er darf es mit Recht; denn, was er bringt, erscheint wie ein Erbteil des Geistes jener Zeit. Hier ist eine Sozialpolitik deutschen Geistes, die gegründet ist auf den altgermanischen Geist der Freiheit des einzelnen; diese wird gegenübergestellt jener Scheinfreiheit und jenem Massenterrorismus, welchen die sozialdemokratischen Führer Volksfürsorge nennen, und auch jener Volksbeglückung,

die bisher bei uns Sozialpolitik hieß. Hier wird nicht die Organisation, sondern die Familie und der einzelne Mann gestärkt. Hier wird nicht zur Abhängigkeit von irgendwem, sondern zum Selbstvertrauen, zur Selbsthilfe und zum Stolz des freien Mannes erzogen. Hier wird nicht mit materiellen Gütern beschenkt, sondern trainiert zur Kraft.

Auf der Tagung wurde von einigen Arbeitervertretern mit großem Nachdruck gesagt: man dürfe nicht hoffen die Sozialdemokratie durch allerlei materielle Bevorteilungen zu übertrumpfen. Denn die Kraft der Sozialdemokratie sei ihre Idee und der Opfermut für diese Idee. Das ist sehr richtig. Also setzen wir Idee gegen Idee, Opfer gegen Opfer, Geist gegen Geist, nämlich gegen den Geist der demagogischen Scheinfreiheit und des sozialistischen Terrorismus den Geist der volkstümlichen wahren Freiheit, der alten deutschen Bürger- und Mannesfreiheit, welche der starke Freiherr von Stein uns Deutschen vor hundert Jahren schon einmal wiederhergestellt hat.

Wenn dieses schwere Werk gelingt, so werden auch jene Krankheitsgespenster, die uns am Eingang unserer Betrachtung erschreckten, wieder verschwinden. Denn sie sind alle nur Folgeerscheinungen der Bergroßstädterung des Volkes, des Nachlassens der Unternehmungskraft in den atomisierten Massen. Der Rückgang der Geburten wird dann aufhören, desgleichen das Hereinquellen der Fremden, und Germanien wird dann wieder wie seit zweitausend Jahren die Welt erobern können, mit dem gesunden und lebensfrohen jungen Blut, das es übrig hat. Ein Volk hat genau soviel Nachwuchs als es Lebensmut, Hoffnung auf die Zukunft und Selbstvertrauen hat. Je mehr Heimstätten, um so mehr Kinder. Die Sparkraft des einzelnen Mannes zu pflegen, das Ersparte in seine Hand zu legen als ein Werkzeug der Selbstständigkeit und Freiheit, Heimstätten gründen helfen, dies ist die Aufgabe der neuen Einrichtung, welche öffentlich-rechtliche Lebensversicherung heißt.

